

Pressemitteilung

9. April 2013

Leerstand bezahlbarer Wohnungen in Eidelstedt

In dem Gebäudekomplex Furtweg 32-34 sollen 28 von 96 Wohnungen zum Teil seit 1 ½ Jahren leer stehen. Es handelt sich um kleine Wohnungen - also zwischen ca. 35 m² bis 50m², die bei einer Kaltmiete von 5-6 €/m² für die vielen Einpersonenhaushalte erschwinglich wären, die nur ein geringes Einkommen beziehen und deshalb auf dem Hamburger Wohnungsmarkt praktisch chancenlos sind. Auf Anregung eines dort wohnenden Mieters, der sich an DIE LINKE in Eimsbüttel gewandt hat, hat DIE LINKE eine Vor-Ort-Besichtigung vorgenommen. Ein Leerstand von Wohnungen wurde festgestellt, und es wurde berichtet, dass auch die Gasuhren in den leer stehenden Wohnungen abmontiert wurden. Die Häuser sind in einem miserablen Zustand: Schimmel an den Außenwänden und in der Wohnung des Mieters. Zuständig ist die EVG Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft für Geschäfts- und Freizeitzentren mbH.

Die Bezirksabgeordnete Astrid Dahaba, DIE LINKE, hat diesen Missstand an die Abteilung Wohnraumschutz im Bezirksamt Eimsbüttel weiter geleitet. Der dortige Mitarbeiter sagte zu, sich nach Ostern um diese Angelegenheit zu kümmern. Zurzeit gibt es mehrere Anzeigen zu Wohnungsleerständen in Eimsbüttel (siehe auch Bericht in der Mopo vom 22.3. über Luxus-Wohnungen in der Holsteiner Chaussee). Nach der ZEVO (Zweckentfremdungs-Verordnung) darf eine Wohnung bis zu sechs Monaten leer stehen. Die ZEVO sagt, eine leer stehende Wohnung ist eine zweckfremde und daher abzustellende Nutzung. Deshalb können auch Anordnungen herausgegeben werden, um Vermieter zu einer Wiederbelegung zu zwingen.

Laut Auskunft der Abteilung Wohnraumschutz gibt es viele dringende Fälle, die zurzeit zu bearbeiten sind. Nur ein Sachbearbeiter ist für die Zweckentfremdung/Leerstand/Abbruch von Wohnraum zuständig. „In einem dicht besiedelten Bezirk wie Eimsbüttel (246.000 Einwohner) ist ein Mitarbeiter für die Nachverfolgung von Wohnungsleerstand viel zu wenig. Angesichts der Nachfrage von preiswertem Wohnraum und von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen ist dieser Zustand skandalös. Hier sehen wir die konkreten Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung der SPD-Regierung, die ihre Kürzungspolitik auf Kosten der Mitarbeiter in den Bezirken durchführt“, stellt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel abschließend fest.

Für Rückfragen:

Astrid Dahaba, Tel.: 040/85 86 30 oder 0177/85 86 300